

Ludwig M. Eichinger / Albrecht Plewnia

Das Deutsche und seine Nachbarn

Dieser Band handelt von der deutschen Sprache und von den Sprechern des Deutschen. Er handelt davon, wie das Deutsche im Kontakt mit seinen Nachbarn und in ständiger Auseinandersetzung mit ihnen die europäische Kultursprache geworden ist, die es ist, und er handelt davon, wie sich Sprache und Identität verknüpfen und bedingen und wie die Sprecher des Deutschen damit umgehen, dass in dem Moment, in dem mehrere Sprachen ins Spiel kommen, die Zuordnungen nicht mehr ganz einfach und eindeutig sind. Von den meisten seiner Sprecher zumindest in Deutschland wird das Deutsche als vergleichsweise homogene Sprache wahrgenommen, Grenzlinien werden oft allenfalls im Bereich einer dialektalen Variation sowie, damit zusammenhängend, im Bereich einer Dialekt-Standard-Opposition gesehen. Dabei ist das Deutsche in eine ganze Reihe systematischer Mehrsprachigkeitskonstellationen eingebunden, in denen es jeweils unterschiedliche Rollen übernimmt. Funktional überdachende Mehrheitssprache ist es für die autochthonen Minderheiten in Deutschland (Sorben und Friesen sowie den Sonderfall des Niederdeutschen) und in Österreich (Slowenen, Kroaten); in der Schweiz liegen die Dinge etwas komplizierter. Umgebende Mehrheitssprache ist das Deutsche auch – wenngleich in anderer Weise – für die Migranten, die aus unterschiedlichen Ländern ins deutsche Sprachgebiet kommen. Minderheitensprache hingegen ist das Deutsche (bzw. seine Varietäten) einerseits an den Rändern des geschlossenen Sprachgebiets, wo Staatsgrenzen und Sprachgrenzen nicht parallel laufen (Nordschleswig, Ostbelgien, Elsass und Lothringen, Südtirol), auch in je unterschiedlichen Konstellationen (etwa als Streuminderheit in Dänemark oder als zwar nationale Minderheit, aber regionale Mehrheit in Südtirol) und mit unterschiedlichen Zukunftsperspektiven; und andererseits in den immer noch zahlreichen deutschen Sprachinseln in aller Welt, sowie natürlich auch als Ergebnis individueller Migration. Doch neben den unmittelbaren Sprachkontaktsituationen durch mehrsprachige Umgebungen gibt es auch noch eine andere Ebene des mittelbaren Einflusses anderer Sprachen auf das Deutsche; waren es in der Vergangenheit vor allem Latein und Französisch, die in unterschiedlicher Weise auf das Deutsche gewirkt haben, so ist es gegenwärtig vor allem das Englische, das als Fahnnensprache der Globalisierung auch im Deutschen seine Spuren hinterlässt – ein Prozess, auf den die Sprecher (die ihn ja selber tragen) durchaus nicht einheitlich reagieren. Wie sich

nun Sprecher des Deutschen in diesen sehr unterschiedlichen Bedingungsgefügen zurechtfinden, soll in den Beiträgen dieses Bandes aus verschiedenen, exemplarisch gemeinten Perspektiven beleuchtet werden. Es gibt zunächst den historischen Blick, der das Deutsche auf seinem Weg zur Kultur- und National- und Standardsprache begleitet; es gibt die Diskussionen, wie mit dem Fremden, wenn es in Form fremder (oder fremd scheinender) sprachlicher Formen auftaucht, umzugehen sei; und es gibt schließlich den Blick von außen, der zeigt, wie es die andern machen.

Was es vor diesem Hintergrund heißen könne, dass Deutsch eine europäische Sprache sei, dieser Frage geht **Ludwig M. Eichinger** im ersten Beitrag dieses Bandes nach. Dass das Deutsche zu Europa gehört, ist geografisch trivial. Das Gebiet, in dem die Sprecher des Deutschen – der Sprache mit den meisten Muttersprachlern in Europa – leben, liegt gerade in der Mitte Europas, zwischen dem romanischen Westen (und Süden) und dem (überwiegend) slawischen Osten (der skandinavische Norden ist zu fern und liegt von hier aus oft außerhalb der Wahrnehmung). Eben diese Nachbarschaften in mehrere Richtungen haben historisch dazu geführt, dass sich der europäische Charakter des Deutschen auch in seiner Grammatik, in seiner Sprachstruktur manifestiert. Stellt man die Brennweite hinreichend klein, ähneln sich die europäischen Sprachen, die die Nachbarn des Deutschen sind, untereinander in bemerkenswerter Weise. Stellt man sie größer und fokussiert einzelne Bereiche, sieht man, wie das Deutsche, wo es zwischen verschiedenen typologischen Optionen zu wählen hat, mal mit dem Westen geht (etwa beim Artikel), mal mit dem Osten (Flexion), dass es Kompromisse findet, die es typologisch stärken, und dass es auch einzelne Züge zu Alleinstellungsmerkmalen auszubauen verstanden hat.

Spätestens seit dem 19. Jahrhundert hat Europa gelernt, Sprache, Nation und Staat als Einheit zu denken, und bis heute mühen wir uns mit den Inkongruenzen von Sprachgrenzen und politischen Grenzen. Das Konstrukt der Nationalsprache (ebenso wie der Nationalkultur) setzt aber Überregionalität und Standardisierung als Ergebnis eines langen, evolutionären Prozesses voraus. Zunächst geht es, wie – leicht zeitversetzt – überall in Europa, um den Konflikt zwischen Latein und Volkssprache, alsbald um den Ausbau des Deutschen zu einer vollwertigen Sprache, die nicht nur funktional alle Domänen füllen, sondern vor allem auch Trägerin nationaler Identität werden kann. Welche Rolle soll die deutsche Sprache ausfüllen? Wie sind Sprache, Politik, Religion und Kultur in ein gemeinsames Konzept zu bringen, welche – auch politisch-argumentativen – Interdependenzen bestehen hier? **Norbert Richard Wolf** zeichnet in seinem Beitrag über „Pädagogik und Aufklärung am Beginn

des Deutschen als National- und Kultursprache“ nach, wie sich das 17. und 18. Jahrhundert an diesen Fragen abgearbeitet haben, und wie die Selbstvergewisserung des Eigenen schließlich, in den Sprachgesellschaften (und übrigens nicht nur im deutschen Sprachraum), zu einer Sprachreinheitsdebatte führt, die manches Gegenwärtige zu antizipieren scheint.

Die Situation ändert sich für das 19. Jahrhundert in dem Maße, in dem das Bürgertum zur kulturtragenden Schicht avanciert und der Sprache – im Sinne einer elaborierten Beherrschung eines Standards – einen neuartigen soziokulturellen Wert zuschreiben kann. **Angelika Linke** zeigt, wie die Standard-sprachlichkeit zum zentralen Moment bürgerlicher Selbstdefinition im 19. Jahrhundert wird. Während sich der Adel traditionell über das Repräsentationsmedium des Leibes definierte, erhebt nun das Bürgertum die Sprache zu seinem bevorzugten Selbstdarstellungsmittel, das zudem ganz im Dienst der bürgerlichen „Bildungsreligion“ steht. Sprache und Sprachgebrauch werden damit zu Integrations- wie zu Ausschlussmedien der kulturell tragenden Gruppierung, „richtiges Deutsch“ wird zum Ausweis von Bildung und bürgerlicher Kinderstube. Überregionalität wird auch in der Sprechsprache zum Ideal erhoben, der Gebrauch von Dialekt wird sozial stigmatisiert, und regional-sprachliche Eigenheiten werden als Zeichen mangelnder Bildung und unterbürgerlicher Herkunft gedeutet. Die zunehmende Ächtung des Dialektgebrauchs im 19. Jahrhundert kann zudem verstanden werden als sprachliche Distanzierung von einer Lebenswelt, wie sie traditionell als mit dem Dialekt verbunden gedacht wird, d.h. einer Welt der Nähe, der lokalen Verhaftetheit und beschränkter sozialer Kontakte, der mit dem Ideal der überregionalen Standardsprache auch das Ideal urbaner Dynamik, weitgespannter sozialer Netze und damit auch einer als befreiend empfundenen sozialen Distanz entgegengestellt wird. Damit bekommt die Sprache nicht nur eminent soziale, sondern auch deutlich kultursemiotische Dimensionen.

Mit dem Beitrag von **Jürgen Spitzmüller**, „Sind wir noch Deutsche?“, wird der historische Bogen zur Gegenwart geschlossen; auf die Phase der bürgerlichen Selbstvergewisserung unmittelbar folgend bzw. bereits mit ihr verschränkt wird die Frage, wie mit dem Fremden umzugehen sei, zunehmend zum Thema des öffentlichen Diskurses – vor allem dann, wenn sich dieses Fremde nicht aus eigenem Antrieb zeigt, sondern man es in bereitwilliger Adaption und Adaption durch die eigene Sprachgemeinschaft antrifft. Der Titel des Beitrags ist einem puristischen Aufsatz von 1928 entlehnt und verweist so auf die Kontinuitäten eines Diskurses, in dem Sprachverhalten und Vorstellungen von nationalen Loyalitäten so zu einem Themengemisch verrührt werden, dass eine sachlich-neutrale Verständigung kaum mehr möglich erscheint.

Der Sprachkontakt des Deutschen zum Englischen ist, nachdem er in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunächst weitgehend in der Hintergrund getreten war, spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre wieder ein in den Medien heftig diskutiertes Thema geworden. Während die einen die Entlehnungen aus dem Englischen und die Verwendung des Englischen als Verkehrssprache als willkommene Bereicherung des Deutschen und als notwendigen Ausdruck einer zusammenwachsenden Welt beurteilen, sehen andere darin eine Gefahr für die deutsche Sprache sowie eine Bedrohung für die nationale Kultur und Identität. Der Beitrag zeichnet den historischen Verlauf des Diskurses zu diesem Thema nach und beleuchtet die linguistischen, politischen und sozialen Hintergründe. Dabei geht es in erster Linie um den Zusammenhang von Spracheinstellungen, Sprachgebrauch und sozialer Identitätsbildung; Spitzmüller kann zeigen, dass die Debatten nicht zuletzt Ausdruck langfristiger sozialer und politischer Veränderungen sowie konkurrierender sprachlicher Konzepte, Werthaltungen und Ideologien sind.

Für das Problem des Umgangs mit dem Eigenen und dem Fremden muss spätestens dann eine Lösung gefunden werden, wenn, wie es in Migrationskontexten geschieht, das Fremde (mindestens partiell) zum Eigenen wird und mehrsprachige Sprecher, je individuell, ihre Mehrsprachigkeit kognitiv und kommunikativ organisieren müssen. In der Tat sind mehrsprachige Menschen in der Lage, ohne Verzögerung und Beeinträchtigung ihres Sprechflusses von einer Sprache in die andere zu wechseln. Wie sich eine solche „Nachbarschaft im Kopf“ gestaltet, zeigen **Rosemarie Tracy** und **Doris Stolberg** in ihrem Beitrag über in die USA emigrierte Sprecher des Deutschen, d.h. erwachsene Zweitsprachler des Englischen; die Koexistenz unterschiedlicher Sprachsysteme in einem Kopf erlaubt Kooperation und Konkurrenz gleichermaßen, und das Umschalten zwischen zwei Sprachen erfolgt aufgrund ganz verschiedener Faktoren: einerseits entlang den formalen Eigenschaften der beiden Sprachen, andererseits aus pragmatischen und diskursfunktionalen Gründen, wo beispielsweise die gewählte Sprache gezielt als Identitätsmarker eingesetzt werden kann.

Die individuelle Mehrsprachigkeit und ihre praktische Binnenorganisation ist das Eine; eine andere Frage ist, wie mehrsprachige Gesellschaften mit dem Nebeneinander verschiedener Sprachen, genauer: mit den sozialen Gruppen, die die Sprecher der jeweiligen Sprachen bilden, umgehen. In Deutschland liegt die Möglichkeit dieser Mehrsprachigkeit außerhalb des mehrheitlichen Bewusstseins, obwohl wir nicht nur die vergleichsweise jungen Migrations-

minderheiten, sondern mit den Sprechern des Friesischen, Sorbischen, Dänischen und mit dem Sonderfall des Niederdeutschen auch autochthone Minderheiten haben. Da kann es hilfreich sein, sich anzusehen, wie es die anderen machen; **Hans Goebel** zeigt in seinem Beitrag „Sprachenvielfalt und Sprachenpolitik in der Spätphase der Donaumonarchie (1848-1918)“ – der übrigens auf der diesem Band beigelegten CD-ROM vollständig in seiner audiovisuellen Primärfassung vorliegt –, wie in einer ganz bestimmten historischen Konstellation, nämlich im Österreich-Ungarn in der Zeit von der 1848er-Revolution bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, mit der Sprachenfrage umgegangen wurde. Die relative Stabilität, zu der die gut ein Dutzend Sprachen und Kulturen im Habsburgerreich über die Jahrhunderte zusammengefunden hatten, war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert in eine schwere Krise geraten, deren sichtbarer Ausdruck die 1867 offiziell etablierte politische Zweiteilung der Donaumonarchie in einen von Wien aus regierten „österreichischen“ bzw. „zisleithanischen“ und einen von Budapest aus regierten „ungarländischen“ bzw. „transleithanischen“ Teil war. Während in der Folge in der zisleithanischen Reichshälfte eine föderalistische und auf den Erhalt (und die Förderung) der historischen Sprachenvielfalt ausgerichtete Sprachenpolitik betrieben wurde, hat sich die transleithanische Reichshälfte (in Orientierung am französischen Modell) für eine zentralistische und auf die langfristige Durchsetzung des Ungarischen abzielende Sprachenpolitik entschieden. Es ist aus der heutigen Perspektive eines zusammenwachsenden Europas durchaus erhellend, welche verschiedenen Lösungsstrategien in dieser speziellen Konstellation erprobt wurden.

Minderheitssprache ist das Deutsche in Belgien, wo der Sprachenstreit zwischen den beiden großen Gruppen, dem Flämischen und dem Französischen, zwischen denen sich die kleine deutschsprachige Gruppe in Ostbelgien ihre Position suchen muss, bis in die Gründungszeit des belgischen Staates zurückreicht und bis heute erheblich politischen Sprengstoff birgt. **Heinz Bouillon** zeigt in seinem Beitrag, wie die individuelle Mehrsprachigkeit der einzelnen Bürger, für die die Kenntnis anderer Sprachen nicht zuletzt ökonomisch von hoher Relevanz ist, mit der offiziellen Ideologie der Einsprachigkeit entlang festgelegter territorialer Grenzen kontrastiert. Dabei sind die administrativen Konflikte zwischen den beiden großen Sprachgruppen entlang dieser Grenzen, vor allem in den Brüsseler Randgemeinden, unübersehbar; im Streit um den Sprachgebrauch wird die Sprache zum Träger ethnisch gemeinter Identitätskonzepte, in deren historischer Bedingtheit sich auf beiden Seiten die jeweiligen Befindlichkeiten spiegeln.

Das andere europäische Beispiel von institutionalisierter Mehrsprachigkeit ist das der Schweiz; es ist, wie **Werner Hauck** in seinem Beitrag zu „Sprachenrecht und Sprachstrategien der Schweiz“ aufzeigt, ein Modell, das auf gegenseitigem Respekt und Partnerschaftlichkeit als Grundlage für Verständigung und nationalen Zusammenhalt, auf dem Territorialitätsprinzip und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beruht. Diese leitenden Grundsätze finden in der Verfassung und im gesamten schweizerischen Sprachenrecht ihren Niederschlag. Hauck zeigt, wie sich die Schweiz vor diesem Hintergrund um eine demokratiefähige Gesetzes- und Verwaltungssprache bemüht und wie sie den neuen Herausforderungen begegnet, die sich aufgrund der demografischen Entwicklung, der Prozesse, die man gemeinhin mit dem Schlagwort Globalisierung belegt, und der Migration in sprachenrechtlicher Hinsicht ergeben.

Im Juni 2007 hat das Goethe-Institut in Berlin ein Festival mit dem Titel „Die Macht der Sprache“ veranstaltet, mit Ausstellungen, Installationen, Vorträgen und Podiumsdiskussionen zu den Themen Mehrsprachigkeit, kulturelle Vielfalt, Wissenschaftssprache und Sprachenpolitik. Eine der drei wissenschaftlichen Sektionen, die in diesem Rahmen stattfanden, wurde vom Institut für Deutsche Sprache gestaltet; der vorliegende Band versammelt die Vorträge, die in dieser Sektion gehalten wurden. Ergänzt werden die Beiträge durch Zusatzmaterial (Tonaufnahmen, Karten, Texte) auf der diesem Band beigelegten CD-ROM, für deren technische Realisation Norbert Volz herzlich gedankt sei. Die Sektion wurde abgerundet durch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Viele Sprachen – wie viele Identitäten? Welche Politik für eine mehrsprachige Gegenwart wünschen wir uns?“ mit Ludwig M. Eichinger (Mannheim), Rudolf de Cillia (Wien), Peter Gilles (Luxemburg), Mark Terkessidis (Köln) und dem Schriftsteller Jan Weiler; die Podiumsdiskussion ist in diesem Band nicht dokumentiert.

Der Dank der Herausgeber gilt allen, die an der Entstehung dieses Bandes beteiligt waren, in erster Linie natürlich den Referenten der Berliner Tagung und Autoren der Beiträge, auch den Teilnehmern der die Sektion abschließenden Podiumsdiskussion, und nicht zuletzt dem Goethe-Institut als Veranstalter des Festivals „Die Macht der Sprache“, in dessen Rahmen die Tagung stattfand.